

Kolumbien - Paradebeispiel für die "Wiederkehr des ewig Gleichen"

Autor(en): **Albertin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **77 (1983)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143072>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kolumbien — Paradebeispiel für die «Wiederkehr des ewig Gleichen»

Während sich Argentinien mit der Verschwundenen-Gleichung schwer tut, haben es andere Länder des amerikanischen Vorhofs weit einfacher, neue politische Epochen einzuläuten, ohne an den grundlegenden Problemen etwas zu ändern. Zu diesen Ländern gehört Kolumbien, das Paradebeispiel für die «Wiederkehr des ewig Gleichen» (Gabriel García Márquez, Hundert Jahre Einsamkeit).

Eine Geschichte von Gewalt und Betrug

Mit Gewalt, Betrug, Absprachen und Versprechungen verstand es die liberal-konservative Herrscherschicht stets, oppositionelle Tendenzen zu unterdrücken oder zu absorbieren, ohne an den politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu rütteln. Kolumbiens Geschichte ist eine einzige Folge derartiger Machenschaften: 1948 wird der linksliberale charismatische Führer Jorge Eliécer Gaitán ermordet. Dieser Mord entfacht einen Bürgerkrieg (die sog. *Violencia*) zwischen den traditionellen Parteien, den Konservativen und den Liberalen, dem etwa 20'000 Personen, vorwiegend Bauern, zum Opfer fallen. Die *Violencia* ist von seiten der herrschenden Familien beider Parteien mit einem Landraub riesigen Ausmasses verbunden, und die Bauern werden durch das gegenseitige Gemetzel vom Land in die Stadt getrieben.

Da das Chaos zunehmend unkontrollierbar wird und sich erste Guerilla-Gruppen mit revolutionär-kommunistischem Bewusstsein bilden, einigen sich die verfeindeten Parteien, den populistischen General Rojas Pinilla als Machthaber vorzuschieben. Noch rechtzeitig, 1957, be-

vor dieser seine Macht konsolidiert, wird er gestürzt, und die beiden Parteien gründen die Nationale Front (*Frente Nacional*). Damit wird die Abhaltung regelmässiger Wahlen und die sowohl zeitliche als auch organisatorische Teilung der Macht zwischen Konservativen und Liberalen auf Jahre hinaus festgeschrieben. Die Präsidenten werden abwechslungsweise von einer der beiden Parteien gestellt, und alle Posten der Exekutive und der Verwaltung werden aufgeteilt. Dieses Arrangement und seine sukzessive Verlängerung dauert bis 1974 und wird in Teilen bis 1982 (Michelsen, Turbay) übernommen. Als 1970 der ehemalige Diktator Rojas Pinilla die Präsidentschaftswahlen für sich entscheidet, weiss man sich mit massivem Wahlbetrug und umfangreichen Pensionsgeldern zu helfen.

Von den 100 Jahren Verfassungsgeschichte stehen an die 50 unter dem Ausnahmezustand. 1978 verschärft die Regierung Turbay-Ayala die Repression. Mit Tausenden von Verhaftungen, Militärgerichten, Folterungen und allen erdenklichen Übergriffen geht das Regime im Namen der «Nationalen Sicherheit» gegen Mitglieder der Guerilla, Gewerkschaften, Vertreter der Basiskirchen, Bauern und Lehrer vor. Die Macht ist beim Militär. Trotzdem lässt sich die legale und illegale Opposition nicht ausmerzen. Neben verschiedenen Bauern- und Indianerorganisationen (ANUC, ONIC/CRIC), einzelnen starken Gewerkschaften (z.B. der Lehrer oder der Erdölarbeiter) und dem linken Gewerkschaftsbund C.S.T.C. ist es vor allem die Guerilla, die dem Re-

gime zunehmend Kopfschmerzen bereitet.

Populäre Guerilla

Die älteste und beststrukturierte, wenn auch nicht umfassendste Gruppe, die F.A.R.C., besteht schon seit der Zeit der Violencia, wo sie als erste Guerilla mit kommunistisch-revolutionärem Hintergrund auftaucht und sich der Interessen der Kleinbauern annimmt. Während längerer Zeit kann sie befreite Gebiete vor der Armee verteidigen. Sie gilt auch heute noch als bewaffneter Arm der moskautreuen kommunistischen Partei Kolumbiens P.C.C., rekrutiert vorwiegend Bauern und konzentriert ihre Operationen aufs Land (z.B. Magdalena Medio, ein Fördergebiet von Erdöl).

1964 entsteht die E.L.N. (castristisch) und später die E.P.L. (maoistisch). In ihren Reihen kämpfen vorwiegend Intellektuelle aus der Stadt, unter ihnen der bekannte Priester-Revolutionär Camilo Torres (E.L.N., gefallen 1966). Die E.P.L. ist heute nicht mehr von Bedeutung, während die E.L.N. noch vereinzelt aktiv ist.

Die wohl populärste Guerilla ist das M 19. Es entsteht 1972 und hat seither nie aufgehört, mit spektakulären Aktionen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich zu lenken. Besonders bekannt wurde die Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogotá 1980. Aktionsgebiete sind sowohl die Stadt als auch das Land. Die Mitglieder wie die zahlreichen Sympathisanten entstammen vorwiegend der Mittelschicht und der Bourgeoisie. Sein Programm hat betont populistischen Charakter. Es gründet auf einem nationalen Konsens unter Einbezug der bestehenden Kräfte. Deshalb bekundet das M 19 auch stets sein Interesse an offenen und freien Wahlen. Allerdings kommen in den letzten Verlautbarungen verschiedene Meinungen zum Ausdruck, so dass je länger je weniger von einer kohärenten Bewegung gesprochen werden kann. Vielmehr handelt es sich um

verschiedene Fronten, wovon die bekannteste im Caquetà aktiv ist. Trotzdem ist dem M 19 nach wie vor die, teilweise insgeheime, Anerkennung eines Grossteils der Bevölkerung sicher.

Staatsterror — dank Militärhilfe der USA

Die Armee sucht seit 1964 der direkten Konfrontation mit der Guerilla auszuweichen und statt dessen die Bauern einzuschüchtern. Es entstehen militarisierte Zonen, in denen die Allgegenwart des Militärs die Leute terrorisiert, bis zum Einsatz von Bomben (z.B. Marquetalia 1964, Pato 1980). Das ist nur möglich dank massiver Militärhilfe der USA.

Parallel zur Einschüchterung versucht man, gemäss der amerikanischen Counterinsurgency-Strategie (Zuckerbrot und Peitsche), die Bauern durch soziale Aktionen für sich zu gewinnen. So werden im Rahmen zivil-militärischer Aktionen (acción civico-militar) Strassen, Schulen und medizinische Zentren gebaut. Allerdings ist das für die Anti-Guerilla ausgebildete Militär solchen Anforderungen kaum gewachsen, und es bleibt bei der zunehmenden Repression.

Die Versprechen des Belisario Betancur

Am 7. August des letzten Jahres wird Belisario Betancur, Kandidat der Konservativen Partei, zum Präsidenten gewählt. Er löst den Liberalen Turbay ab. (Dazu sei bemerkt, dass die Beteiligung bei ungefähr einem Drittel der Stimmberechtigten lag und Klientelismus und Korruption eine entscheidende Rolle im politischen Alltag Kolumbiens spielen.) Betancur verstand es, als überparteilicher, nationaler Präsidentschaftskandidat aufzutreten. Damit gewann er das Wählerpotential zwischen den beiden Parteien und mobilisierte die brach liegenden Anti-Lopisten. (López Michelsen, der Gegenkandidat, war bereits 1976-1980 Präsident; angetreten als Linksliberaler, hatten sich alle seine Versprechungen ins Gegenteil verkehrt.)

Betancur lockte die Wähler mit drei innenpolitischen Versprechen und mit der Absicht einer aussenpolitischen Öffnung. Für die städtische Unterschicht stellte er die Möglichkeit des Hauskaufs ohne Anzahlung in Aussicht und die Förderung des universitären Studiums auf dem Korrespondenzweg. Aussenpolitisch gab sich Betancur betont linksnationalistisch. Er versprach eine Annäherung oder gar den Anschluss an die Bewegung der Blockfreien. Damit setzte er als Konservativer einen antiamerikanischen Akzent, der ähnlich wie 1974 bei López einen grossen Teil linksbürgerlicher Stimmen mobilisierte. Zur Illustration sei bemerkt, dass Kolumbien noch im Malvinen-Konflikt unter Turbay eindeutig mit den Amerikanern gegen Argentinien Stellung bezog. Heute engagiert sich Kolumbien in der Contadora-Gruppe, und Betancur glänzt durch selbstbewusstes Auftreten, zum Beispiel während Reagans Mittelamerika-Besuch.

Generalamnestie — aber die Armee mordet weiter

Grösste politische Beachtung holte sich Betancur mit der Verkündung einer Generalamnestie gegenüber den Guerilla und den politischen Gefangenen. Dies ist denn auch das einzige innenpolitische Versprechen, das nach der Wahl eingelöst wurde. Am 19. November tritt ein Gesetz in Kraft, das alle Täter und Mitäter politischer Straftaten amnestiert; ausgenommen sind Fälle von Tötungsdelikten, die ausserhalb von Kampfhandlungen begangen wurden.

Amnestien sind in Kolumbien an sich nichts neues. Es gab welche unter dem Diktator Rojas-Pinilla und unter Lleras-Restrepo, dem ersten Präsidenten der Nationalen Front, beide zur Beruhigung der Violencia. Ansätze einer allerdings sehr verkürzten Amnestie gab es auch unter Turbay-Ayala. Neu am Angebot sind der umfassende Charakter, die Unbedingtheit und die damit verbundenen Bemühungen, den Dialog mit der Gue-

rilla zu beginnen. Betancur hatte dafür eigens eine spezielle Friedenskommission eingesetzt. Die M 19 war anfänglich tatsächlich zum Dialog bereit und willigte ein. F.A.R.C., E.L.N. und E.L.P. lehnten ab, weil die Amnestie allein nichts Grundlegendes ändere. Die überwiegende Mehrheit der politischen Gefangenen (ca. 2500) wurde schon mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes, am Ende der Amtszeit Turbays — aus wahlpolitischen Gründen — aus der Haft entlassen. Das Amnestiegesetz ermöglichte die Strafentlassung weiterer 275 Personen, darunter führender Mitglieder der Guerillabewegungen, insbesondere des M 19. Von der aktiven Guerilla liessen sich nur etwa 200 ins Zivilleben reintegrieren.

Die wiedergewonnene Freiheit erweist sich jedoch weitgehend als Trugschluss, denn auch nach der Regierungserklärung Betancurs im Juni 1982 haben — nach Angaben von Amnesty International und des Permanenten Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte — Armee und paramilitärische Gruppen zusammen 75 Personen ermordet, 23 Personen verschleppt und mehr als 600 verhaftet. Dies im Zeitraum zwischen August und Oktober. Selbst nach Inkrafttreten der Amnestie sind genügend Fälle bekannt, in denen Amnestierte kurz nach ihrer Entlassung ermordet wurden. Ausserdem hält die militärische Überwachung unter dem Vorwand zivilmilitärischer Aktionen in den meisten Gebieten unverändert an. Die Exekutionen gehen zum grossen Teil auf das Konto der rechtsextremen Todesschwadron M.A.S. (Tod den Entführern). Ihre Verfilzung mit der Armee ist erwiesen, und eine kürzlich vom Präsidenten anberaumte Untersuchung mit anschliessender öffentlicher Bekanntgabe von 58 verdächtigen Militaristen stiess auf den erbitterten Widerstand der Armee. Letzten Endes bleibt es also fraglich, wie weit Betancur wirklich ernst machen kann und will. Er wird nur bedingt mit dem Beistand der Armee rechnen können, wenn überhaupt.

Anfang einer unsicheren Entwicklung

Die Internationale Beobachterkommission, die im Dezember letzten Jahres Kolumbien bereiste, ging von der Besorgnis verschiedener Basisorganisationen aus, dass der rhetorisch begonnene Befriedigungsprozess sich in sein Gegenteil umwandeln könnte, wenn er nicht international bekannt und seine Verwirklichung nicht mit Nachdruck gefordert würde. Als Ergebnis ihres Besuches, der sowohl Ermittlungen in der militarisierten Zone des Caquetà als auch Interviews auf Regierungsebene bis zum Staatspräsidenten sowie mit der legalen und illegalen Opposition, mit Gewerkschaften, Kirchen u.a.m. umfasste, hält die Kommission fest: Die politische Öffnung Betancurs bedeutet den Anfang einer unsicheren Entwicklung, die zwar mehr politische Aktivitäten der Basis ermöglicht, aber auch eine verstärkte militärische Repression nach sich ziehen könnte. Die Opposition würde dann grossenteils entblösst dastehen. Selbst die Gefahr eines Putsches ist, obwohl die Beweglichkeit des herrschenden Bürgertums und deren Beziehungen zur Armee dagegen sprechen, nicht ganz auszuschliessen. Einziger Garant für die Verwirklichung des begonnenen Weges ist deshalb die internationale Öffentlichkeit. Kolumbien versteht sich als demokratischer Staat und ist auf internationale Anerkennung politischer und wirtschaftlicher Art angewiesen (Blockfreie, Contadora-Gruppe, Europa). Dieses Ansehen soll sich die Regierung jedoch nur mit der Erfüllung ihrer Versprechen erwerben können. Die Öffnung ist als Chance für die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung zu nutzen.

Die Folgerungen der Internationalen Beobachterkommission sind zwar richtig, dürfen jedoch keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass sich prinzipiell für die wirtschaftlich und politisch Unterdrückten Kolumbiens nichts geändert hat. Mit oder ohne Armee haben Betancur und

seine Mannschaft (insbesondere sein erzkonservativer Vizepräsident Alvaro Gómez) kaum ein Interesse, die althergebrachten Ausbeutungsmechanismen umzustossen. Im Gegenteil: Die Amnestie und die aussenpolitische Öffnung gehören zum Repertoire der herrschenden Schicht und dienen der Aufrechterhaltung des zunehmend bedrängten Status quo.

Die Anerkennung als demokratisches Paradeferd Südamerikas (neben Venezuela) scheint langsam abzubröckeln, und die Guerilla im Erdölgebiet des Magdalena Medio muss neutralisiert werden, um nur zwei berechnende Gründe für die Erleuchtung Betancurs zu nennen. Ausserdem bleiben alle weiteren Mass-

Internationale Beobachterkommission

Sie untersuchte im Dezember 1982:

- die Frage der Amnestie für die politischen Gefangenen
- die Problematik der ländlichen Konfliktzonen, insbesondere des Caquetà
- die Entwicklung des «Nationalen Dialogs», der von der neuen Regierung als wichtigstes Instrument für den Frieden angekündigt wurde.

Sie setzte sich aus folgenden Personen zusammen:

- Eva Kreisky, Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, Wien
- Dr. Noel Browne, Arzt, ehemaliger Gesundheitsminister, Dublin
- Reginald Kessler, Dominikaner, Ilanz
- Martin Chatagny, Landwirt, Präsident Union des Producteurs Suisses, Fribourg
- Dres Balmer, Schriftsteller, Fribourg
- Isabelle Bourboulon, Soziologin, Paris
- Claude Katz, Rechtsanwalt, Internationale Föderation für Menschenrechte, Paris
- Thomas Seiterich, Journalist, Frankfurt a. M.
- Jürgen Holzapfel, Ing., Stuttgart.

nahmen völlig offen. Betancur wäre nicht der erste Präsident Kolumbiens, der sich zum Sinneswandel «gezwungen» sähe. Die folgende Stellungnahme des Verteidigungsministers Landazabal spricht für sich (aus der Armee-Zeitung): «Die öffentliche Ordnung wurde durch die Amnestie nicht beeinflusst, denn das grosse Geschäft der Gewalt geht weiter. Verdienst der Amnestie ist es, die Farce aufzudecken. Der Weg ist jetzt frei für die

legitime Autorität, die nun mit der offenen und entschiedenen Unterstützung der wohlgesinnten Leute rechnen kann, im Kampf gegen die Verbrecher. Kolumbien sollte sich dieses entscheidenden Moments und seiner Bedeutung für die Zukunft bewusst sein.»

Diese Worte entlarven nicht die Guerilla, sondern vielmehr die Amnestie und ihre tatsächliche Perspektive: die «Wiederkehr des ewig Gleichen».

Systemerhaltung durch neuen Regierungsstil

Interview mit Mario Calderòn

Nach Pressekonferenzen in Paris, Wien und Genf informierten zwei Vertreter der Internationalen Beobachterkommission auch an einer Veranstaltung in Zürich am vergangenen 23. April über ihre Erfahrungen und Schlussfolgerungen. Mario Calderòn, ein Jesuit und temporärer Mitarbeiter des CINEP, eines engagierten Forschungsinstituts, das massgeblich an der Förderung von Basisbewegungen und der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Darstellung der kolumbianischen Situation beteiligt ist, beantwortete folgende Fragen von René Albertin.

Politik der Ruhe und Ordnung

Warum die aussenpolitische Neuorientierung Betancurs (Option für die Blockfreien, neue Haltung gegenüber Nicaragua und der Contadora-Gruppe)?

Turbay verlor im Ausland, ausser bei den USA, vor allem wegen der Folterungen und seiner Haltung in der Malvinen-Frage sein Gesicht. Die aussenpolitische Neuorientierung war ein Gebot der Stunde. Sie darf jedoch nicht überschätzt werden. Schon Lòpez lockte mit seinen Plänen, sich der Sozialistischen Internationale anzuschliessen. Betancur (als Konservativer) spricht entsprechend von den Blockfreien.

Wie ist die aktuelle Politik Kolumbiens im Kontext der Situation Lateinamerikas und der US-Aussenpolitik zu sehen, ins-

besondere im Hinblick auf die Kämpfe in Zentralamerika?

Die Befriedung Zentralamerikas liegt im Interesse aller zentral- und südamerikanischen Staaten. Alle Wege, die dahin führen, werden auch von Kolumbien befürwortet. Allerdings hat sich in letzter Zeit, insbesondere nach dem Malvinen-Konflikt, die Ansicht durchgesetzt, dass die Massnahmen der Reagan-Administration dafür nicht unbedingt geeignet seien. Der Süden ist aus dieser Erfahrung heraus enger zusammengerückt, um hier ein Gegengewicht zu bilden (z.B. Contadora). Es geht den lateinamerikanischen Ländern um die Erhaltung von Ruhe und Ordnung bzw. um ein Vermeiden des Übergreifens revolutionärer Entwicklungen. Eine eigentliche Loslösung von den USA steht wohl kaum zur Debatte.